



Vorsitz:	Walter Portmann
Protokoll:	Patricia Tschudi
Zeit:	19:30 Uhr – 22:00 Uhr
Ort:	Restaurant Landgasthof Halbinsel Au
Anwesend:	17 Mitglieder, ein Gast
Entschuldigt:	Marco Kronauer, Jürg Wuhrmann, Philipp Schellenberg, Corinne Fumagalli, Edith + Paul Bossert, Erich Schärer, Roy Schärer, Christian Huber, Christoph + Livia Lehmann sowie Claudine Schneeberger

1. Einleitung/Grusswort des Präsidenten

Walter Portmann begrüsst die anwesenden Mitglieder; im speziellen Nationalrat Bruno Walliser. Mit der Traktandenliste sind alle einverstanden. Walter Portmann weist zu Beginn darauf hin, dass die letzten Monate klar aufgezeigt hätten, dass die SVP die richtigen Themen im Parteiprogramm habe. Sogar die Linken und Mitteparteien würden auf einmal auf die SVP-Themen einschwenken. Wir alle dürfen stolz sein, der SVP anzugehören und deren Werte zu vertreten!

2. Protokoll der Parteiversammlung vom 7. Februar 2018

Das Protokoll der Parteiversammlung liegt auf und wird genehmigt.

3. Referat von Nationalrat Bruno Walliser

Bruno Walliser berichtet über das Geschehen in der letzten Nationalrats-Session und gibt einen interessanten Ausblick auf die kommende Session sowie weitere anstehende wichtige Themen. Ein besonderes Gewicht legt er auf die Selbstbestimmungsinitiative, welche im November zur Abstimmung gelangt und unbedingt zu unterstützen sei. Sein Referat wird mit grossem Applaus und einem Präsent verdankt.

4. Eidgenössische Abstimmungen

a) Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Veloinitiative)

André Zürcher erläutert die Ausgangslage. Der Veloweg solle in Zukunft wie die Fuss- und Wanderwege im Gesetz verankert werden. Zusätzliche Velowege würden gemäss den Befürwortern helfen, die Mobilität zu bewältigen und die Umwelt zu schützen; sie würden zudem die Unfallquote senken. Hierfür seien Investitionen von Fr. 1.8 Mio. pro Jahr geplant. Die SVP stelle sich gegen die Vorlage, da damit massive Mehrkosten anfallen würden. André Zürcher empfiehlt daher der Versammlung die Nein-Parole. Es entwickelt sich eine angeregte Diskussion, in welcher verschiedene Aspekte besprochen werden. Die Versammlung folgt dem Antrag von André Zürcher und beschliesst mehrheitlich die **Nein-Parole**.

b) Volksinitiative „Fair-Food-Initiative“ für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel

Adrian Stocker stellt diese Initiative vor, gemäss welcher in Zukunft nur noch umweltfreundliche und „faire“ Lebensmittel produziert und importiert werden dürften. Zudem sollen regionale und saisonale Produkte gefördert sowie der Food-Waste vermieden werden. Diese Vorlage sei abzulehnen, da diese Initiative eine unglaublich grosse und äusserst teure Bürokratie schaffen würde. Sie gefährde aufgrund der hohen Anforderungen viele Familienbetriebe, welche den hohen Anforderungen nicht genügen könnten und habe eine

immense Bürokratie zur Folge. Adrian Stocker als Bauer empfiehlt der Versammlung ein klares Nein zur Initiative. Die Schweiz habe schon heute einen guten Standard, welcher sicher höher sei als derjenige im Ausland. Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

c) Volksinitiative vom 30.3.2016 „für Ernährungssouveränität, die Landwirtschaft betrifft uns alle“

Sandy Bossert schliesst an die Voten von Adrian Stocker an, insbesondere im Hinblick auf die unnötige Bürokratie, den aufzubauenden Kontrollapparat und die hohen Kosten. Hier handle es sich um eine radikale Initiative, welche die Staaten im Hinblick auf die Ernährung ihrer Bevölkerung in die Pflicht nehmen wolle. Zölle auf ausländischen Produkten müssten bei Annahme der Initiative eingeführt bzw. erhöht werden und ein Genverbot wäre in die Verfassung aufzunehmen. Es gebe zwar einzelne Punkte, welche zu befürworten seien, indes würden in der Gesamtheit die Nachteile massiv überwiegen. Sandy Bossert empfiehlt daher die Ablehnung der Initiative. Die Versammlung folgt dieser Empfehlung und beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

5. Kantonale Abstimmungen

a) Volksinitiative „Film- und Medienförderungsgesetz“

Walter Portmann stellt diese Vorlage vor und weist zunächst darauf hin, dass das Opernhaus und das Schauspielhaus gesondert behandelt und nicht aus dem Lotteriefonds subventioniert würden. Aus dem Lotteriefonds stünden Fr. 23 Mio. pro Jahr zur Verfügung, wovon der Film und die Medien Fr. 4,65 Mio., also 20% erhalten würden. Das neue Gesetz würde für diese Gattung noch mehr Kosten veranschlagen und dadurch die anderen Kulturschaffenden wie Musiker und Autoren klar benachteiligen. Der Kanton sei der kulturellen Vielfalt verpflichtet; Film und Medien würden zudem auch durch den Bund und die Gemeinden unterstützt. Der Kantonsrat und der Regierungsrat würden die Initiative klar ablehnen. Die Versammlung folgt dem Antrag des Referenten auf Ablehnung und fasst einstimmig die **Nein-Parole**.

b) Volksinitiative „Wildhüter statt Jäger“

Walter Portmann weist zunächst darauf hin, dass heute die Jagdgesellschaften für die Hege und Pflege des Wildes sowie für die Jagd verantwortlich seien. Das heutige System beruhe auf einem gut funktionierenden und bewährten Milizsystem. Den Kanton kostet dies ca. Fr. 1 Mio. pro Jahr. Nach der Initiative würden künftig professionelle Wildhüter den Dienst versehen, wobei die Kosten für den Kanton statt heute ca. Fr. 1 Mio. neu ca. Fr. 20-30 Mio. pro Jahr betragen würden. Die Idee der Initiative ist, dass sich der Tierbestand natürlich und selber reguliert. Dem sei indes nicht so, da den Tieren die natürlichen Feinde fehlen würden. Zudem würden die Initianten behaupten, dass die Wildhüter besser ausgebildet wären, dem sei indes nicht so: Die Jäger durchlaufen eine Ausbildungszeit von ca. 2,5 Jahren und verfügen somit über die notwendige Qualifikation. Tierzählungen, Notfütterungen bei extremen Wetterverhältnissen sowie Noterschussungen bei Krankheit oder Unfällen erledigen die Jäger heute zu jeder Tages- und Nachtzeit. Walter Portmann weist darauf hin, dass nicht einzusehen sei, weshalb etwas so gut Funktionierendes durch etwas Unbekanntes ersetzt werden soll, zu bedeutend höheren Kosten. Walter Portmann empfiehlt klar die Ablehnung der Vorlage. Die Versammlung fasst einstimmig die **Nein-Parole**.

c) Volksinitiative „Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren (Verzicht auf die 2. Etappe“

Walter Portmann referiert auch zu dieser Vorlage. 2015 hätten 65% der Abstimmenden des Kantons Zürich für den Bau der Limmattalbahn gestimmt. Die Entlastung in der Region, welche eine der am stärksten Wachsenden sei, sei dringend nötig. Zudem sei die erste Etappe schon im Bau. Bei der Vorlage gehe es um die geplante zweite Etappe. Die Initianten bemängelten die Linienführung und würden auf die Tatsache hinweisen, dass die betroffenen Ortschaften selber die Limmattalbahn im 2015 abgelehnt hätten. Indes könne es nicht sein, dass einzelne Gemeinden einfach eine Abstimmung nicht akzeptieren wollten und noch einmal eine Abstimmung verlangen würden. Die erste Etappe ohne zweite Etappe ergebe zudem keinen Sinn. Walter Portmann spricht sich aus all diesen Argumenten gegen die Vorlage aus. Die Versammlung fasst mehrheitlich die **Nein-Parole**.

6. Kommunale Abstimmungen

Ersatzwahl eines vollamtlichen Mitglieds des Bezirksgerichts Horgen

Beat Bloch stellt sich der Wahl. Er wird von allen Parteien (IPK) unterstützt, auch von der SVP. Neben ihm hat sich ein weiterer Kandidat für das Amt beworben. Die Mehrheit der Versammlung unterstützt grossmehrheitlich den IPK-Vorschlag (Beat Bloch).

7. Bericht aus der Fraktion

Charlotte Baer weist zunächst auf die Teilreform der reformierten Kirchenordnung hin. Hier sieht sie eine Gefahr der Einführung des Stimmrechts für Ausländer und empfiehlt daher klar die **Nein-Parole**.

Bei den Geschäften der Fraktion erwähnt Charlotte Baer zunächst die Weisung 29/2018 betreffend Änderung des Personal- und Besoldungsstatuts (PBS). Mit dieser solle missbräuchlichen Kündigungen vorgebeugt werden, eine 6. Ferienwoche für Angestellte ab 55 Jahren und höhere Kaderlöhne eingeführt werden. Diese Weisung komme nun in die Beratung. Die SVP werde die einzelnen Punkte kritisch hinterfragen und es werde sicher kein einstimmiges JA geben, dies wegen Insiderkenntnissen im Zusammenhang mit dem unge-rechtfertigten Hinauswurf des Stadtpolizeichfs, welche leider nicht offen kommuniziert werden dürfen. Dann gebe es die Volksinitiative der EVP "Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau" (Weisung 1/2018). Hier gehe es um die Nachwehen der Budgetdebatte 2016, wo die bürgerliche Mehrheit Sparmassnahmen in den Bereichen Begabtenförderung und Freifächer durchsetzen konnte. Die Initiative wollen nun die Ausgaben wieder erhöhen mit den Argumenten "Bildungsstadt" sowie "unnötige Sparwut auf Kosten der Kinder". Nun sei die Initiative von der Realität eingeholt worden, da gewisse Kürzungen gar nicht durchgeführt wurden. Die SVP werde mit grosser Sicherheit die Ablehnung der Initiative beschliessen, ev. komme es zu einer Volksabstimmung. Zur Weisung 30/2018 führt Charlotte Baer aus, dass diese den Abbruch und Ersatzneubau des Doppelkindergartens Meierhof mit einem Kreditvolumen von Fr. 1.9 Mio. beinhalte. Der Kindergarten mit Baujahr 1948 sei veraltet und eine Sanierung erweise sich aus wirtschaftlichen Gründen als unverhältnismässig. Projektiert sei daher ein zweckmässiger Neubau, ausgeführt durch eine einheimische Firma. Die SVP könne diesem Vorhaben zustimmen. Ein weiterer Kredit von knapp CHF 1.5 Mio. werde für die Sanierung der Kinderkrippe Wädenswil an der Etzelstrasse beantragt (Weisung 2/2018). In den über 110 Jahren, seit das Gebäude nun stehe, sei wenig gemacht worden, so dass der Sanierungsbedarf ausgewiesen ist. Die SVP-Fraktion werde sich aber dafür einsetzen, dass das Sanierungsvorhaben in dem vom Stadtrat in seiner Weisung vorgezeichneten Rahmen bleibt. Zum Betriebsbeitrag an die Stiftung GROW (Weisung 3/2018) sei zu sagen, dass es hier um den wiederkehrenden Jahreskredit von insgesamt Fr. 150'000.– gehe. Ziel sei die Förderung von Start-up's in der Region. Es würden Firmen unterstützt, welche Potential für eine hohe Wertschöpfung hätten. Es habe sich gezeigt, dass dieses Geld sinnvoll eingesetzt wird. Die SVP-Fraktion werde dennoch das aktuelle Kreditbegehren hinterfragen.

Bei den Vorstössen erwähnt Charlotte Baer eine Interpellation betreffend PVA auf öffentlichen Gebäuden (kritische Fragen zu Bedarf, Notwendigkeit, Kosten und Effizienz von PVA) sowie ein geplanter Vorstoss zu Fragen zur Krankentaggeld-Versicherung für die städtischen Angestellten.

Im Rahmen der Vorbereitung der Behördentagung vom Januar 2019 werde die Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die speziell kommunalen Themen der SVP-Politik Thema sein. Richtschnur seien die Wahlversprechen.

8. Bericht aus der Schulpflege

Entfällt.

9. Diverses

- Walter Portmann weist auf die diversen Unterlagen hin, welche auf den Tischen aufliegen. Es sei wichtig, die Bürger zu mobilisieren, z.B. mittels Kontakten zu Bekannten, Leserbriefen etc.
- Patricia Tschudi lädt die Teilnehmer der Parteiversammlung zur Gerichtsführung am Bezirksgericht Horgen vom 26. September 2018, 18.00 Uhr, ein.
- Am 31. Oktober 2018 findet die nächste Parteiversammlung statt.

Walter Portmann dankt allen für ihr Erscheinen und schliesst um 22.00 Uhr die Versammlung.

Für das Protokoll:



Patricia Tschudi

Horgen, 5. September 2018